

01. August 2010, von Michael Schöfer

Wir brauchen euch nicht

"Steuerten die Exporte im Jahr 2000 noch 29 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei, waren es 2008, also vor Zuspitzung der Finanz- und Wirtschaftskrise, schon 39 Prozent. Und glaubt man Untersuchungen aus dem Stab des Sachverständigenrats, wird dieser Wert bis 2020 sogar auf 69 Prozent steigen", stellte kürzlich das Handelsblatt fest. [1] Woher auch immer der Sachverständigenrat seine Erkenntnis haben mag, die Prognose lässt zumindest Schlimmes ahnen: Die Ungleichgewichte des Welthandels werden weiter steigen, Deutschland wird sich - als Volkswirtschaft - beim Export dumm und dämlich verdienen, während der hiesige Binnenmarkt zunehmend an Bedeutung verliert.

"Wir brauchen euch nicht", lautet das unausgesprochene Credo der Befürworter der totalen Exportorientierung. Und gemeint sind damit die Einwohner Deutschlands. Was noch benötigt wird, sind Facharbeiter und Hochqualifizierte in den Unternehmen, die den Weltmarkt mit Waren und Dienstleistungen bedienen. Der (wachsende) Rest ist in diesem Konzept schlicht überflüssig, darf sich im Niedriglohnsektor verdingen oder wird kurzerhand dem Sozialstaat überantwortet. Menschenverachtend und demokratiefeindlich ist das. Zum Schluss malocht vielleicht eine Minderheit für vergleichsweise gutes Geld in den Produktionsbetrieben der Exportindustrie, die Mehrheit muss dagegen selbst zusehen, wie sie einigermaßen über die Runden kommt. (Die außenwirtschaftlichen Risiken des Ganzen, was beispielsweise passiert, wenn unsere Handelspartner ihrer ständig steigenden Handelsbilanzdefizite überdrüssig geworden sind, ist nicht mein Thema.)

Kein Wunder, wenn die Umsätze des Einzelhandels im ersten Halbjahr 2010 abermals gesunken sind. Nominal haben die Einzelhändler zwar 0,5 Prozent mehr Erlöse, real (nach Abzug der Preissteigerungsrate) mussten sie allerdings ein Minus von 0,4 Prozent hinnehmen. [2] Erinnern Sie sich noch an die Jubelmeldungen über die gute Verbraucherstimmung und die angeblich wachsende Kauflaune? [3] Reine Propaganda. Die Journalisten sind erneut auf die Falschmeldungen der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) hereingefallen. Wie so oft. [4]

Konkrete Auswirkungen des fatalen Wirtschaftskonzepts: Immer mehr Menschen müssen für einen Hungerlohn arbeiten. "Das ist das Ergebnis einer Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen. Demnach haben 2008 rund 6,55 Millionen Beschäftigte eine Vergütung unterhalb der Niedriglohnschwelle erhalten - das waren rund 162.000 mehr als 2007. Seit 1998 ist die Zahl der Geringverdiener damit sogar um fast 2,3 Millionen gestiegen. Jeder fünfte Beschäftigte (20,7 Prozent) erhielt 2008 einen Niedriglohn. (...) Im Untersuchungszeitraum von 1995 bis 2008 habe sich der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland von 14,7 Prozent auf 20,7 Prozent erhöht, teilte das IAQ mit. (...) Etwa jeder dritte Geringverdiener (gut 2,1 Millionen) arbeitete 2008 für Stundenlöhne unter 6 Euro brutto. Rund 1,15 Millionen mussten sich sogar mit weniger als 5 Euro begnügen." [5] Eigentlich paradox: Der Bundesrepublik geht es - volkswirtschaftlich betrachtet - immer besser, vielen Bundesbürgern jedoch immer schlechter. Das Römische Reich brauchte wenigstens seine Sklaven, das Deutschland der Zukunft braucht nicht einmal mehr seine Einwohner. Jedenfalls dann, wenn die Prognose des Sachverständigenrats wirklich zutrifft.

Wohin soll das Ganze führen? Das ist die bohrende Frage. Früher sprach man von der Zwei-Drittel-Gesellschaft. Das Schlagwort "weist auf eine Entwicklung in der postmodernen Gesellschaft hin, bei der der Anteil an Langzeitarbeitslosen und dauerhaft Unterbeschäftigten trotz rechnerischen Gesamt-Wohlstandes und Wirtschaftswachstums einer

Volkswirtschaft zunimmt. Zwei Drittel der Bevölkerung, die von gesicherten Beschäftigungsverhältnissen profitieren, stehen danach einem Drittel Beschäftigungsloser ohne Erwerbsarbeit gegenüber, die aktuell oder perspektivisch unter die Armutsgrenze absinken. Es bildet sich somit eine neue soziale Unterschicht und darunter noch ein sogenanntes Prekariat." [6] Mittlerweile sind zwei Drittel womöglich viel zu hoch angesetzt. In ein paar Jahrzehnten setzt sich die Mehrheit der Bevölkerung möglicherweise aus zahlreichen Niedriglöhnern, endgültig abgeschriebenen Langzeitarbeitslosen und angesichts der mageren Lohnentwicklung (die Renten sind bekanntlich an die Löhne gekoppelt) einer weitgehend verarmten Rentnergeneration zusammen. Unverantwortliche Schwarzmalerei? Wir werden es erleben.

[1] Handelsblatt vom 27.07.2010

[2] Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 270 vom 30.07.2010

[3] Süddeutsche vom 27.07.2010

[4] siehe Warum machen Journalisten das mit? vom 23.12.2008

[5] Süddeutsche vom 27.07.2010

[6] Wikipedia, Zwei-Drittel-Gesellschaft

© Michael Schöfer, Kleinfeldstr. 27, 68165 Mannheim
URL des Artikels: www.michael-schoefer.de/artikel/ms0844.html